

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

20.07.2015

**Niederschrift des öffentlichen Teiles der 8. Sitzung**

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 20. Juli 2015

Beginn : 18:00 Uhr  
Ende : 20:24 Uhr  
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

**Anwesenheit**

Herr Ibrahim Al Najjar  
Frau Ulrike Berger  
Herr Dr. Ullrich Bittner  
Herr André Bleckmann  
Herr Ulf Burmeister  
Frau Rita Duschek  
Herr Rudi Duschek  
Frau Dr. Frauke Fassbinder  
Herr Dr. Stefan Fassbinder  
Frau Yvonne Görs  
Frau Luisa Heide  
Frau Marion Heinrich  
Herr Axel Hochschild  
Herr Torsten Hoebel  
Herr Wolfgang Jochens  
Herr Prof. Dr. Wolfgang Joecks  
Herr Dr. Jörn Kasbohm  
Herr Dr. Andreas Kerath  
Herr Nikolaus Kramer  
Herr Alexander Krüger  
Herr Christian Kruse  
Herr Thomas Lange  
Herr Jürgen Liedtke  
Herr Egbert Liskow  
Herr Franz-Robert Liskow  
Herr Dr. Thomas Meyer  
Herr Peter Multhauf  
Herr Thomas Mundt  
Herr Milos Rodatos  
Herr Dr. Ulrich Rose  
Frau Dr. Mignon Schwenke  
Frau Birgit Socher  
Herr Ludwig Spring  
Herr Dr. Rainer Steffens  
Frau Dr. Antje Steveling  
Herr Prof. Dr. Thomas Treig  
Herr Erik von Malottki  
Herr Ingo Ziola

## Entschuldigt

Herr Prof. Dr. Frank Hardtke  
Herr Heiko Jaap  
Herr Dr. Sascha Ott  
Frau Mechthild Thonack

## Abwesend

Frau Petra Dörwald

## Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschriften vom 08.06.2015 und 29.06.2015
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
6. Beratung der Beschlussvorlagen
- 6.1. Benennung der Delegierten für die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 5./6. Oktober 2015
- 6.2. Vorschläge für die Ausschüsse der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
- 6.3. Nachtragswirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes "Hanse-Kinder" und Änderung der Eigenbetriebssatzung  
*Oberbürgermeister, Eigenbetrieb "Hanse-Kinder"*
- 6.4. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Prüfung von Ermäßigungsansprüchen für die Kindertagesstätten in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
*Eigenbetrieb "Hanse-Kinder"*
- 6.5. Öffentlicher Betrauungsakt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die zu gründende Greifswald Marketing GmbH  
*Dez. I, Amt 20*
- 6.6. Verkauf von Wohnbauflächen im Bebauungsplangebiet Nr. 88  
– Heinrich-Heine-Straße -  
*Dez. II, Amt 23*
- 6.7. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 91 – Einkaufszentrum Grimmer Straße –, Änderungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*
- 6.8. Vereinbarung über eine gemeinsame Trägerschaft des Jugendfreizeitentrums „TAKT“ mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald  
*Dez. II, Amt 40*
- 6.9. Einsetzung eines Frauenbeirates  
*Dr. Ulrich Rose, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, interfraktionell angestrebt*
- 6.10. Bürgerhaushalt  
*SPD-Fraktion*
- 6.11. Verhandlungsstand zum Staatstheater Nordost und Einbeziehung der Bürgerschaft UHGW  
*Milos Rodatos*

- 6.12. Wahl Stellvertretendes Mitglied Ortsteilvertretung SW II  
*Bündnis 90 / Die Grünen*
- 6.13. Grundhafter Ausbau Pappelallee im Abschnitt Stadtpark  
*Herr Dr. Ulrich Rose*
- 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
- 9. Mitteilungen der Präsidentin
- 10. Schluss der Sitzung

**TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Die Präsidentin der Bürgerschaft begrüßt die Anwesenden – darunter die Mitglieder der Bürgerschaft -, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf und teilt mit, dass zwei Tischvorlagen vorliegen.

**Herr Kramer** begründet die Dringlichkeit der von der AfD eingereichten Tischvorlage „Umbesetzung OTV SWII“.

**Herr Dr. Kerath** begründet die Dringlichkeit der von der SPD-Fraktion eingereichten Tischvorlage „Umbesetzung“.

**Herr Multhauf**

- . hat Bedenken hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Ladung.
- . zitiert § 19 Abs. 7 der Hauptsatzung. Eine Veröffentlichung im Stadtblatt sei nicht erfolgt. Demzufolge müsste laut § 19 Abs. 8 der Hauptsatzung die Tagesordnung in der OSTSEE-Zeitung veröffentlicht werden, was ebenfalls nicht erfolgt sei.
- . ist der Ansicht, dass die Bürger nicht verpflichtet seien, sich im Internet zu informieren.

**Frau Socher**

- . erklärt, dass im erweiterten Präsidium die zeitnahe Anpassung der Hauptsatzung besprochen worden sei. Im Absatz 6 solle explizit der Pfad zum Ratsinformationssystem aufgeführt werden. Außerdem soll der Absatz 7 auf den neusten Stand gebracht werden.
- . stellt fest, dass Herr Multhaufs Anmerkung nicht im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Ladung stehe.
- . lässt darüber abstimmen, ob die Tischvorlagen auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt werden sollen:

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

Die Präsidentin lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	1

### TOP 3. Bestätigung der Niederschriften vom 08.06.2015 und 29.06.2015

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es liegt von Herrn Dr. Fassbinder ein schriftlicher Änderungsantrag zur Niederschrift vom 08.06.2015 vor.

Unter TOP 7.1 „Einsprüche gegen die Gültigkeit der Oberbürgermeisterwahl (Stichwahl) vom 10.05.2015“ wird folgender Satz eingefügt: „*Herr Dr. Fassbinder nimmt im Zuschauerbereich Platz und darf weder beratend noch entscheidend mitwirken.*“

Frau Socher lässt über die Änderung der Niederschrift vom 08.06.2015 abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Niederschrift vom 08.06.2015 abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

Frau Socher ruft die Niederschrift vom 29.06.2015 auf und fragt, ob es Änderungsbedarf gebe.

#### Herr Multhauf

. beantragt eine Ergänzung auf Seite 10 der Niederschrift: „. erklärt sich bereit die ca. 30 Anträge auf Rückerstattung kostenlos zu bearbeiten.“.

Frau Socher lässt über diesen Antrag abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	10	14	einige

Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Niederschrift vom 29.06.2015 abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	4	4

### TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

### TOP 5. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

Die **Anfragen der Fraktion DIE LINKE** werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

**Herr Dr. König**

. bittet, die Mitglieder der Bürgerschaft die Anfragen fristgemäß (laut § 4 Abs. 2 der Hauptsatzung eine Woche vor der Sitzung) einzureichen.

**Frau Demuth**

. beantwortet die Fragen zum Vorbereitungsstand Volksentscheid am 06.09.2015 über die Gerichtsstrukturreform 2015. (als Anlage zum Protokoll beigefügt)

**Der Oberbürgermeister**

. greift die Frage nach den Auswirkungen zu der Gerichtsstrukturreform auf den Landkreis Vorpommern-Greifswald auf.

Die Auswirkungen betreffen drei Sachverhalte:

- Am 06.10.2014: Umwandlung des Amtsgerichtes Anklam in eine Zweigstelle des Amtsgerichtes Pasewalk.
- Am 01.12.2014: Auflösung des Amtsgerichtes Ueckermünde Aufnahme durch das Amtsgericht Pasewalk
- Am 31.08.2015: Auflösung des Amtsgerichtes Wolgast Aufnahme durch das Amtsgericht Greifswald

. ist der Meinung, dass der Volksentscheid eine Folge der Kreisgebietsreform sei.

**Herr Hochheim**

. bezieht sich auf die Fragen zum Neubau der IGS „Erwin Fischer“.

. setzt die Mitglieder der Bürgerschaft darüber in Kenntnis, dass die Verwaltung in der letzten Woche darüber beraten habe, wie es mit dem Vorhaben weiter gehe.

Die derzeitigen Rahmenbedingungen lassen erwarten, dass das geplante Vorhaben nicht umsetzbar sei. Am kommenden Donnerstag werde Herr Hochheim ins Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern fahren, um zu ergründen, ob nicht doch eine Möglichkeit bestehe, die ursprünglich beantragte 75-prozentige Förderung für das Vorhaben zu bekommen. Notfalls verzichte man auf das Umbauprojekt Hansering. Danach werde man in Verhandlungen mit dem Landkreis treten müssen. Die Vereinbarungen, die mit dem Landkreis getroffen worden sind, stellen auf das derzeit geplante Vorhaben ab. Außerdem messe sich eine spätere Finanzierung des Gesamtvorhabens daran, wie hoch der Anteil des Landes sei, der für das Projekt zur Verfügung gestellt werde. Derzeit gehe man davon aus, dass wenn es keinen höheren Zuschuss geben werde, auch eine Umplanung des Projektes vorgenommen werden könnte. Es bestünden Unterbringungsbedarfe für Schüler der weiterführenden Schularten.

**Herr Multhauf**

. bezieht sich auf das Schreiben zur EFRE - Förderperiode 2014-2020, welches dem Protokoll der Sitzung der Bürgerschaft vom 29.06.2015 als Anlage beigefügt wurde. Im Absatz unter der Überschrift „Weiteres Verfahren“ werde erklärt, dass genauere Informationen durch ein weiteres Schreiben noch erfolgen.

. fragt, ob dieses bereits vorliege.

**Herr Hochheim** verneint dies.

**Herr Dr. Kasbohm**

. erklärt, bezugnehmend auf die Fragen zum Stadtblatt aus der Anfrage der Fraktion DIE LINKE, dass das Greifswalder Stadtblatt ausliege. Es habe sich wohl um einen Einzelfall gehandelt. (Anmerkung der Protokollantin: Die Anfragen der Fraktion DIE LINKE sind als Anlage dem Protokoll beigefügt.)

**Herr Dr. König**

. informiert, dass das Stadtblatt nur noch am letzten Freitag eines Monats erscheinen werde. Redaktionsschluss sei am Montag zuvor. Hintergrund seien die Haus-

haltskonsolidierungsmaßnahmen, die durch die Bürgerschaft beschlossen worden sind. So habe die Bürgerschaft in ihrem ersten Doppelhaushalt 2015/2016 beschlossen, die Ausgaben für das Stadtblatt zu reduzieren.

In der Hauptsatzung sei geregelt, dass öffentliche Bekanntmachungen im Internet und nur zu informatorischen Zwecken im Stadtblatt erfolgen.

Tagesordnungen könnten nun nicht mehr im Stadtblatt veröffentlicht werden. Diese stehen jedoch im Ratsinformationssystem zur Verfügung. Zusätzlich werden die Termine für die Sitzungen der bürgerschaftlichen Gremien - die bis zum Erscheinungstermin des nächsten Stadtblattes stattfinden - im Stadtblatt bekannt gegeben, verbunden mit dem Hinweis, dass die Tagesordnungen im Internet einsehbar seien. Falls weiterer Informationsbedarf zu Terminen oder Tagesordnungen bestehe, könne man in der Kanzlei der Bürgerschaft nachfragen. Greifswalder Vereine, Initiativen und Einrichtungen können innerhalb des nichtamtlichen Teils weiterhin kostenlos redaktionelle Beiträge veröffentlichen. Dies sei jedoch nur in eingeschränktem Umfang möglich. Die Pressestelle behalte sich vor, die Veröffentlichung der einzelnen Beiträge abzuwägen und möglicherweise auch zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung bestehe nicht. Normalerweise liegen in der Stadtbibliothek, in der Pressestelle und an der Infothek des Rathauses mehrere Exemplare aus, die auch mitgenommen werden können.

#### Frage 7 und 8

7. *Warum wurde die erforderliche Änderung der Hauptsatzung nicht gleich mit beachtet?*
8. *Wann erfolgt die erforderliche Anpassung der Hauptsatzung?*

. sagt, dass die Anpassung der Hauptsatzung zur nächsten Sitzung der Bürgerschaft nachgeholt werde.

#### Frage 9

9. *Die in der Hauptsatzung dargestellte Quelle für die Bekanntmachungen „[www.greifswald.de/ortsrecht.html](http://www.greifswald.de/ortsrecht.html)“ ist in dieser Form als Link für Öffentliche Bekanntmachungen auf der Startseite der Internetpräsentation in keiner Weise erkennbar. Erst nach 4 Klicks sind die Bekanntmachungen erreicht, aber auch dann ist nicht erkennbar, was sich hinter den einzelnen Bekanntmachungen verbirgt. Wie und wann gedenkt die Verwaltung ihre Konzeption zu „Öffentliche Bekanntmachungen“ zu überarbeiten?*

Der Begriff des Ortsrechtes ist durch die Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern vorgegeben und muss verpflichtend auf der Internetseite vorhanden sein. Darunter finde man zusätzliche Links. Möglich wäre ein Link direkt auf der Startseite der Internetseite der Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Dies könne man mit dem neuen Internetauftritt ab ca. April 2016 umsetzen.

#### Frage 10

10. *Die Einbindung der öffentlichen Bekanntmachungen in die RSS-Feeds der Stadt oder auch die Entwicklung eines Stadt-Newsletters wären mögliche und zum Teil, da automatisierbar, recht einfach umsetzbare erste Varianten zur Verbesserung. Was können wir da in Kürze zur Lösung des Problems erwarten?*

Dieser Service bestehe bereits. Man könne durch einen RSS-Feed Bekanntmachungen abonnieren.

#### Frage 11

11. *Wie soll künftig die Abholbarkeit der Textfassungen ermöglicht werden, z.B.*

*einfach Exemplare des Greifswalder Stadtblattes zur Mitnahme anbieten und nicht nur zur Einsicht?*

Man könne die Stadtblätter in der Pressestelle oder an der Infothek erhalten und mitnehmen.

**Herr Multhauf**

. ist der Meinung, dass nicht alle Bürger das Internet nutzen, um Informationen über die Sitzungen zu erhalten.

. findet, dass zuerst die Änderung der Hauptsatzung und dann die Anhörung des Oberbürgermeisters zur „Vergabe von Leistungen nach der VOL/A – Satz, Produktion, Druck und Vertrieb des Stadtblattes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ hätte erfolgen müssen.

**Herr Dr. König**

. erklärt, dass er nicht durch eine Anhörung die Hauptsatzung außer Kraft gesetzt habe. Es habe eine Anhörung zur Ausschreibung des Stadtblattes gegeben. Diese Anhörung sei im Hauptausschuss am 11.05.2015 besprochen worden. Aufgrund von entstandenen Nachfragen habe man die Beratungsfolge um die Sitzung der Bürgerschaft erweitert. Die Beantwortung der Fragen erfolgte schriftlich. Am 08.06.2015 war diese Beschlussvorlage auf der Tagesordnung, wurde jedoch in der Sitzung auf die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 29.06.2015 gesetzt. Aufgrund von Eilbedürftigkeit habe er in der Sitzung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gefragt, ob es weitere Fragen zur Beschlussvorlage gebe. Dies war nicht der Fall. Am 10.06.2015 sei eine Entscheidung zu treffen gewesen.

**Frau Socher**

. ergänzt, dass Herr Multhauf die Bürger gern an die Kanzlei der Bürgerschaft verweisen könne, wo ihnen Auskunft über die Sitzungen erteilt werde.

**TOP 6. Beratung der Beschlussvorlagen**

**TOP 6.1. Benennung der Delegierten für die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 5./6. Oktober 2015**

06/380  
B194-08/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion haben ihre Vertreter schriftlich mitgeteilt.

**Herr Dr. Kasbohm**

. schlägt für die Fraktion DIE LINKE Herrn Dr. Rose vor.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft benennt die folgenden drei Delegierten für die Delegiertenversammlung der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 5./6. Oktober 2015:*

CDU-Fraktion

*Herr Dr. Sascha Ott*

Fraktion DIE LINKE

*Herr Dr. Ulrich Rose*

SPD-Fraktion

*Frau Luisa Heide*

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

## TOP 6.2. Vorschläge für die Ausschüsse der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

06/381  
B195-08/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Die SPD-Fraktion hat ihre Vertreterin bereits schriftlich mitgeteilt.

Die CDU-Fraktion benennt keinen Vorschlag.

Die Fraktion DIE LINKE schlägt Herrn Dr. Rose für den Deutsch-Polnischen Ausschuss vor.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald schlägt für die Mitarbeit in den Ausschüssen der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) vor:*

Deutsch-Französischer Ausschuss

Deutsch-Polnischer Ausschuss

Herr Dr. Rose

Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Frau Dr. Wölk

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

## TOP 6.3. Nachtragswirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes "Hanse-Kinder" und Änderung der Eigenbetriebssatzung

06/365  
B196-08/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Lerm** bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

**Frau Heinrich**

. spricht sich für die Beschlussvorlage aus.

. bittet darum, dass die Bürgerschaft unaufgefordert über Änderungen informiert werde.

. ist sich nicht sicher, ob es tragbar sei, die Plätze der Kindertagesstätten zu begrenzen. Würde man fünf Kindertagesstätten auf jeweils 100 Plätze reduzieren, welche vorher insgesamt 850 Plätze hatten, verzichte man auf 350 Plätze, die den freien Trägern zu Gute kämen.



**Herr Dr. Kerath**

. erklärt, dass

- auch die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde.
- die Subventionierung von Fremdnutzern im Eigenbetrieb im Nachtragswirtschaftsplan immer noch ausgewiesen sei.

. erwartet daher, dass

- es sich hierbei um einen einmaligen Vorgang handele.
- im Wirtschaftsplan 2016 diese Position gestrichen werde.
- die Subventionierung im Subventionsplan ausgewiesen werde.

**Herr Multhauf** fragt,

. ob die Rückerstattung im Wirtschaftsplan berücksichtigt sei.

. wie viele Anträge auf Rückerstattung derzeit vorlägen.

**Herr Lerm**

. antwortet, dass

- die Kosten für die Rückerstattung im Nachtragswirtschaftsplan nicht enthalten seien.
- sich die Anzahl der Anträge nur gering verändert habe. Zurzeit lägen etwa 60 Anträge vor.

**Herr Spring**

. erkundigt sich,

- ob es bereits Platzkostenverhandlungen gebe.
- warum sich der Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend weitgehend enthalten habe.

**Herr Lerm**

. berichtet, dass momentan Abstimmungen bezüglich der Platzkosten erfolgen. Der Gesamtelternrat sei bereits informiert worden und dieser habe einen positiven Rücklauf gegeben.

**Frau Dr. Schwenke**

. erklärt, dass die Mitglieder des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend noch keine Gelegenheit gehabt hätten, sich in den Fraktionen zu dem Thema abzustimmen. Außerdem habe es einige Fragen gegeben, die zu dem Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden konnten.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt*

*1. den Nachtragswirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes Hanse-Kinder.*

*2. die Änderung von § 9 der Eigenbetriebssatzung gemäß Anlage 2.*

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

**TOP 6.4. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Prüfung von Ermäßigungsansprüchen für die Kindertagesstätten in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

06/347  
B197-08/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stimmt dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald gem. §90 SGB VIII i.V.m. § 21 KiföG M-V und der Bedarfsprüfung gem. §§ 22, 24 SGB VIII und §§ 3 ff KiföG M-V in Verbindung mit § 167 Abs. 2 KV M-V zum 01.09.2015 unter dem Vorbehalt der Auflösung des derzeit bestehenden öffentlich rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern Greifswald zum 31.08.2015 zu.*

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 6.5. Öffentlicher Betrauungsakt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die zu gründende Greifswald Marketing GmbH**

06/366  
B198-08/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Diskussion:

**Herr Multhauf**

. möchte wissen, was man unter Betrauungsakt verstehen könne.

**Herr Wille**

. erklärt, dass dieser Begriff aus dem Europäische Beihilferecht stamme. Wenn eine privatwirtschaftlich organisierte Firma Zuschüsse der öffentlichen Hand erhalte, solle sichergestellt werden, dass mit den Zuschüssen nicht unzulässiger Weise in die allgemeine Wirtschaft eingegriffen werde.

Man habe eine GmbH (privatwirtschaftlich organisierte Firma) gegründet und diese soll nun von der Stadt einen Zuschuss erhalten. Die Kommune müsse jetzt nachweisen, dass sie nicht in die allgemeine, wirtschaftliche Lage eingreife. Das bedeute, dass es keine anderen Unternehmer gebe, die dies in gleicher Weise übernehmen könnten. Zudem müsse man als örtliche Gemeinschaft sagen, dass es sich um eine öffentliche Aufgabe handle. In diesem Fall ginge es darum, die Standortbedingungen der Wirtschaft für das wirtschaftliche und soziale Wohl der Einwohner Greifswalds durch bestimmte Aufgaben zu sichern und zu steigern (siehe Anlage des Betrauungsaktes). Kaum eine private Firma werde dies auf eigene Rechnung übernehmen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den in der Anlage enthalten öffentlichen Betrauungsakt.*

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 6.6. Verkauf von Wohnbauflächen im Bebauungsplangebiet Nr. 88  
– Heinrich-Heine-Straße -**

06/339  
B199-08/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Diskussion:

**Herr Dr. Bittner**

- . geht auf die Bodenpreise in Greifswald ein.
- . stellt folgende Fragen:
  - In welchen Gebieten werden Bodenpreise von 80 EUR erreicht?
  - Wie haben sich die Preise in den letzten Jahren entwickelt?

**Herr Kremer**

. antwortet, dass man für 80 EUR überwiegend im Mehrgeschosswohnungsbereich (z. B. Ostseeviertel, Schönwalde) etwas finden könne. Einfamilienhausgrundstücke gebe es heutzutage kaum mit einem Bodenwert von 80 Euro. Man könne nahezu von einer Verdoppelung der Bodenpreise innerhalb von 15 Jahren sprechen.

Mit der schriftlichen Beantwortung der zweiten Frage erklärt sich Herr Dr. Bittner einverstanden.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt,*

1. *die Aufhebung des HA-Beschlusses HA-51/10 vom 14.06.2010 zu den Verkaufspreise*
2. *die Änderung des Beschlusses B 584-30/13 vom 25.02.2013 zum Ausbau der Heinrich-Heine-Straße bezüglich des Punktes 5 dahingehend, dass die Grundstücke bereits vor Fertigstellung und Beitragsbescheidung der Straßenbaumaßnahme Heinrich-Heine-Straße, Abrechnungsabschnitt 2, zu vermarkten sind. Der Ausbaubeitrag für die Heinrich-Heine Straße wird für die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 88 liegenden stadteigenen Grundstücke auf Grundlage der vorliegenden Kostenschätzung pauschal in Höhe von 10,00 €/m<sup>2</sup> auf den ermittelten Verkehrswert aufgeschlagen und mit den Ausbaubeiträgen über die Verteilungsfläche des B-Planes 88 verrechnet, so dass die Anlieger nur entsprechend der Zielstellung des vorgenannten Beschlusses belastet werden.*
3. *Der Verkauf bzw. die Erbbaurechtsbestellung an den Wohnbaugrundstücken im Bebauungsplangebiet Nr. 88 Heinrich-Heine-Straße erfolgt entsprechend der von der Bürgerschaft am 15.04.1997 beschlossenen Vergabekriterien, an bauwillige Bürger zur Errichtung von Einfamilienhäusern auf Teilflächen aus den Flurstücken 221/1, 220/1, 219/3, 219/4, 218/1, 217/1, 216/1 und 215/1 der Flur 17, Gemarkung Greifswald.*
4. *Der Kaufpreis für die einzelnen Grundstücke wird entsprechend der Lage und der möglichen Bebauung wie folgt differenziert:*

Parzellen	Kaufpreisempfehlung lt. GAA (Verkehrswert)	Kaufpreis (Kaufpreisempfehlung lt. GAA zuzüglich kalkulatorischer Ausbaubeitrag für Ausbau Heinrich-Heine-Straße, Abrechnungsabschnitt 2)
	[€/m <sup>2</sup> ]	[€/m <sup>2</sup> ]
1 – 11, 22 – 35, 38 - 56	105,00	115,00
12 -21,	110,00	120,00

36 -37, 57, 59 -74		
-----------------------	--	--

*Eine Ausnahme bildet die Parzelle 58. Anstelle des o.g. Kaufpreis von 120,00 €/m<sup>2</sup> wird deren Wert im Rahmen eines Tauschvertrages mit der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Körperschaft öffentlichen Rechts, mit 110,00 €/m<sup>2</sup> angesetzt.*

5. *Für die Erbbaurechtsbestellung gilt eine Laufzeit von 99 Jahren und der Erbbauzins beträgt 4 % je Jahr des jeweiligen Grundstückspreises. Im Erbbaurechtsvertrag wird eine Kaufoption innerhalb von 10 Jahren zum jetzt gültigen Kaufpreis aufgenommen.*
6. *Mit dem Kaufpreis sind alle Erschließungsbeiträge, einschließlich für die Clemens-Brentano-Straße, und Kostenerstattungsbeiträge nach § 128 bis § 135 BauGB gemäß den Satzungen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald abgegolten.*
7. *In sämtlichen Grundstücksverträgen wird eine Bauverpflichtung aufgenommen und auf das dingliche Vorkaufsrecht zugunsten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald verzichtet. Ggf. sind die Ehepartner oder Lebensgefährten zusätzlich bzw. auch allein als Vertragspartner aufzunehmen.*

Ergebnis

Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 2
----------------------------	-------------------	-------------------

#### **TOP 6.7. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 91 – Einkaufszentrum Grimmer Straße –, Änderungsbeschluss**

06/344  
B200-08/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Änderungs-/ Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 91 – Einkaufszentrum Grimmer Straße – wie folgt:*

1. *Der Bebauungsplan Nr. 91 – Einkaufszentrum Grimmer Straße – soll gemäß § 2 Absatz 1 und § 1 Absatz 8 i. V. m. § 13a Absatz 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in dem gekennzeichneten Bereich (Abgrenzung gemäß Plan Anlage 1) im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung geändert werden.  
Ziel der Änderung ist es, das Baugebiet, das derzeit als Mischgebiet ausgewiesen ist, als allgemeines Wohngebiet festzusetzen, damit hier vorwiegend Wohngebäude zugelassen werden können.*
2. *Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB wird gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Absatz 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.*
3. *Der Änderungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 i.V.m. § 13a Absatz 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.*

Ergebnis

Ja-Stimmen 38	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
------------------	-------------------	-------------------

#### **TOP 6.8. Vereinbarung über eine gemeinsame Trägerschaft des Jugendfreizeitzentrums „TAKT“ mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald**

06/349  
B201-08/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Diskussion:

**Herr Multhauf**

- . befürwortet diese Beschlussvorlage.
- . wünscht sich die Sicherheit, dass diese Regelung über 2016 hinaus gelte.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Abschluss der Vereinbarung über die gemeinsame Trägerschaft des Jugendfreizeitentrums "TAKT" zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und dem Landkreis Vorpommern-Greifswald.*

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 1
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

**TOP 6.9. Einsetzung eines Frauenbeirates**

06/330.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B202-08/15

Herr Dr. Rose bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:**Herr Dr. Kasbohm**

- . befürwortet die Beschlussvorlage.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Frauenbeirat einzusetzen. Dieser hat beratende Funktion und Antrags- und Rederecht in allen Ausschüssen der Bürgerschaft.*

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 11	Enthaltungen 5
----------	----------------------------	--------------------	-------------------

**TOP 6.10. Bürgerhaushalt**

06/359 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B203-08/15

**Herr Dr. Kerath**

- . bringt die Beschlussvorlage ein.
- . ergänzt in der Vorlage die Beschlusskontrolle durch den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen in seiner ersten Sitzung im Jahr 2016.

Diskussion:**Herr Dr. König**

- . widerspricht dem Vorwurf von Herrn Dr. Kerath einer mangelnden Transparenz, welche dieser im Zuge der Einbringung der Beschlussvorlage äußerte.

**Herr Dr. Kasbohm**

- . stellt als Beispiel den Bürgerhaushalt von Weimar vor.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt beauftragt den Oberbürgermeister geeignete Maßnahmen für die Etablierung eines Bürgerhaushaltes zu entwickeln und vorzuschlagen, im federführenden Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften abzustimmen und über die weiteren Umsetzungsschritte regelmäßig zu berichten.*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	13	3

## TOP 6.11. Verhandlungsstand zum Staatstheater Nordost und Einbeziehung der Bürgerschaft UHGW

06/372  
B204-08/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Rodatos bringt die Beschlussvorlage ein.

### Diskussion:

#### **Herr Hochheim**

. erklärt, dass er am vergangenen Montag (*Anmerkung: 13.07.2015*) mit Frau Teetz in Schwerin gewesen sei, um mit Herrn Minister Brodkorb den Entwurf einer Zielvereinbarung zu besprechen. Das Land habe deutlich gemacht, dass es von Seiten des Landes keine objektive und fundierte Prüfung von Alternativvorschlägen geben werde.

Die Veranstaltung habe das Ziel gehabt, die Zielvereinbarung des Landes vorzustellen. Die vorliegende und im Ergebnis der Gespräche noch zu überarbeitende Zielvereinbarung stelle die Sicht der Landesregierung dar. Bis zum Herbst 2015 werde eine Entscheidung von der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bezüglich der Zielvereinbarung erwartet. Das Angebot des Landes solle am 01.11.2015 erlöschen. Demnach müsse man sich zeitnah darüber Gedanken machen, ob die Zielvereinbarung abgeschlossen werden soll. Nach Abschluss der Zielvereinbarung würde man mit den Arbeitsgruppen beginnen. Die Zielvereinbarung enthalte jedoch schon eine Regelung, wer Mitglied der Arbeitsgruppen sein soll. Dazu gehören: Vertreter der bisherigen Träger, der Theater- und Orchestergesellschaft Neubrandenburg/Neustrelitz GmbH, sowie der Theater Vorpommern GmbH und der Landesregierung, sowie die Intendanten der Theater. Das bedeutet, dass Ausschussmitglieder an diesen Arbeitsgruppen nicht teilnehmen werden können. Außerdem sei erwartet worden, dass die Vertreter der kommunalen Vertragspartner ein weitreichendes Verhandlungsmandat mitbringen, um in den Arbeitsgruppen verbindliche Absprachen treffen zu können. Man müsse sich zeitnah entscheiden, ob und welche Alternativen man hätte. Herr Löschner habe bereits einige Berechnungen vorgenommen.

. schlägt der Bürgerschaft vor, den Entwurf der Zielvereinbarung des Landes abzuwarten.

#### **Herr Dr. Rose**

. berichtet, dass er die Transparenz nicht ausreichend finde.

. plädiert dafür, dass Mitglieder der Bürgerschaft in diesen Prozess miteinbezogen werden.

#### **Herr Dr. König**

. erläutert, dass es Ziel der Landesregierung sei, eine Zielvereinbarung abzuschließen. Die Zielvereinbarung soll bis zum Herbst in den betroffenen Kommunen behandelt werden. Es sei gesagt worden, dass alle Mittel, die für die Theatersanierung geplant sind und die Zuschüsse für das Theater, an die Zielvereinbarung gekoppelt

seien. Die Zielvereinbarung sei noch nicht die Zustimmung zur Fusion. Jedoch verenge dies den Handlungsspielraum.

Die Einbeziehung der Bürgerschaft sei sehr wichtig. Dennoch passiere sie nicht auf der Ebene der Arbeitsgruppen, die vom Ministerium installiert werden sollen.

. habe Herrn Rodatos bereits vorgeschlagen, Spiegelausschüsse zu bilden.

. erklärt, dass Ziel der Landesregierung sei, die Zielvereinbarung bis zum Herbst 2015 durch die jeweiligen Gebietskörperschaften beschließen zu lassen. Dann sollen die Arbeitsgruppen installiert werden und diese sollen in den Jahren 2016/2017 arbeiten.

. bittet die Mitglieder der Bürgerschaft, sich zu überlegen, wie sie eigene Strukturen schaffen können, um möglichst einen kurzen und effektiven Verwaltungs- und Informationsweg aufzubauen.

Sobald die Zielvereinbarung eintreffe, werde sie an die Mitglieder der Bürgerschaft weitergeleitet.

### **Frau Socher**

. fasst zusammen, dass die Spiegelausschüsse in dem Zeitraum entstehen sollen, nachdem über die Zielvereinbarung abgestimmt wurde.

### **Herr Spring**

. fragt, wer den Aufsichtsrat der Theater Vorpommern GmbH in den Gremien vertreten.

### **Der Oberbürgermeister**

. antwortet, dass dies noch offen sei. Es gebe noch keine exakte Festlegung, wer in die Gremien entsandt werden solle.

### **Herr Rodatos**

. sagt, dass er die Vorlage in der vorliegenden Form aufrechterhalten werde.

### **Herr Dr. Fassbinder**

. erinnert an den damaligen Beschluss zum Theater, der aus zwei Säulen bestanden habe. Man habe gehofft, beide Modelle weiter verfolgen zu können, um sachgerecht entscheiden zu können.

. fragt, wann die Berechnungen von Herrn Löschner der Bürgerschaft vorgelegt werden können.

### **Herr Dr. König**

. geht darauf ein und antwortet, dass bereits Berechnungen von Herrn Löschner vorliegen, die derzeit vom Aufsichtsrat bewertet werden.

. bittet Herrn Rodatos, die Idee mit den Spiegelausschüssen noch einmal zu überdenken.

### **Herr Rodatos**

. erklärt, dass es darum ginge, eine bestmögliche Beteiligung der kommunalen Gremien zu erreichen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister sowie die Präsidentin der Bürgerschaft, sicherzustellen, dass im Zuge der anstehenden Verhandlungen zu den Fusionsvorschlägen der Theater- und Orchesterstrukturen im östlichen Landesteil eine ausreichende Beteiligung der Gremien der Bürgerschaft sichergestellt wird. Hierzu sollen Vertreterinnen des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur sowie des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen an den zu gründenden Arbeitsgruppen auf Landesebene teilnehmen und die Zwischenergebnisse mit dem jeweiligen Ausschuss beraten.*

2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, in den anstehenden Verhandlungen zu den Fusionsvorschlägen für die Theater- und Orchesterstrukturen im östlichen Landesteil darauf hinzuwirken, dass entsprechend des Bürgerschaftsbeschlusses B155-06/15 eine objektive und fundierte Prüfung der Alternativvorschläge (Solidar-Modell sowie Städtetheatermodell) erfolgt.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	8	6

## TOP 6.12. Wahl Stellvertretendes Mitglied Ortsteilvertretung SW II

- 06/376 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B205-08/15 Es besteht kein Diskussionsbedarf.  
Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft wählt folgendes **Stellvertretendes Mitglied** für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Ortsteilvertretung Schönwalde II:

**Dr. Ullrich Bittner**

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

### TOP 6.12.1. Umbesetzung OTV SWII

- 06/383 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B206-08/15 Es besteht kein Diskussionsbedarf.  
Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Herr Prof. Dr. Thomas Treig wird aus der OTV Schönwalde II abberufen.*

*Herr Stephan Reuken wird in die OTV Schönwalde II gewählt.*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	4

### TOP 6.12.2. Umbesetzung

- 06/388 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B207-08/15 Es besteht kein Diskussionsbedarf.  
Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt beschließt:*

*Herr Ibrahim Al Najjar ist nicht mehr stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen, Herr Erik von Malottki ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen.*

*Herr Erik von Malottki ist nicht mehr stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur, Herr Ibrahim Al Najjar ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur.*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0



## **TOP 6.13. Grundhafter Ausbau Pappelallee im Abschnitt Stadtpark**

06/379 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B208-08/15

Herr Dr. Rose bringt die Beschlussvorlage ein.

### Diskussion:

#### **Herr Hochheim**

- . erklärt, dass sich das beauftragte Planungsbüro bereits Gedanken über mögliche Alternativen gemacht habe.
- . weist darauf hin, dass 200.000 Euro geplante Städtebaufördermittel für diesen Zweck, am Ende des Jahres abhanden kommen würden, wenn noch lange Zeit nach weiteren Alternativen gesucht werde. Der Auftrag müsse noch in diesem Jahr ausgelöst werden oder es sei haushalterisch nicht mehr darstellbar.

#### **Herr Liedtke**

- . informiert über eine Diskussion der Ortsteilvertretung Ostseeviertel zu diesem Thema mit dem Planer und einer Kollegin aus dem Tiefbau- und Grünflächenamt an.
- . plädiert dafür, die Beschlussvorlage abzulehnen.

#### **Herr Kruse**

- . schließt sich Herrn Liedtke an.
- . regt an, die abgeholzten Pappeln sinnvoll zu nutzen (z. B. einer Papier- und Zellulosefabrik zur Verfügung stellen).
- . weist darauf hin, dass man Neupflanzungen geplant habe und die Pappel ohnehin eine schnellwachsende Pflanze sei und aus minderwertigem Holz bestehe.

#### **Herr von Malottki**

- . betont die Wichtigkeit der Barrierefreiheit.

#### **Herr Dr. Kasbohm**

- . erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen werde.

#### **Herr Multhauf**

- . unterstützt dieses Vorhaben grundsätzlich.

#### **Herr Krüger**

- . widerspricht der Aussage von Herrn Kruse, dass es sich um minderwertiges Holz bei Pappeln handle.
- . unterstreicht die Wichtigkeit der Bäume für die Natur (CO<sub>2</sub>-Speicherung).

#### **Herr Dr. Rose**

- . hebt hervor, dass der Sinn dieser Vorlage darin bestehe, Radfahrgerechtigkeit und Behindertengerechtigkeit zu schaffen, ohne die Bäume zu fällen.

#### **Frau Hanke**

- . erklärt, dass es nicht angestrebt werde, Bäume zu fällen. Die Bürgerschaft habe den Auftrag im Zuge des Radverkehrswegeplanes erteilt, dort eine Radverkehrsachse zu bauen. Über das Stadtumbauprogramm habe man die Möglichkeit, die Städtebaufördermittel einzusetzen. Es seien verschiedene Alternativen – in Hinsicht auf den Erhalt der Bäume – untersucht worden, eine Idee war z. B. Wurzelbrücken auf einer Strecke von 150 m. Dies sei jedoch weder technisch umsetzbar noch bezahlbar.

- . weist darauf hin, dass viel Zeit verloren gehen würde, wenn man diese Vorlage erneut in den Gremienlauf gebe.
- . bittet, dieser Beschlussvorlage nicht zuzustimmen.

**Frau Socher** schließt die Rednerliste nach den zwei folgenden Rednern mit dem Einverständnis der Mitglieder der Bürgerschaft.

**Herr Dr. Bittner**

- . erklärt, dass er aufgrund der Brisanz an der Sitzung der Ortsteilvertretung Schönwalde II teilgenommen habe.
- . habe versucht, jede Alternative zu erfragen und habe festgestellt, dass es kaum andere Möglichkeiten gebe.
- . informiert, dass es sich nur um ca. 8 bis 12 ursprünglich gepflanzte Pappeln und bei dem anderen um Wildwuchs handle.
- . plädiert dafür, die Ausgleichpflanzungen in der Innenstadt vorzunehmen. Im Stadtpark entstehe von allein Wildwuchs.

**Herr Multhauf** bittet

- . vorweg im ersten Abschnitt eine Aufnahme zu machen, was dort erneuert werden müsse.
- . zu prüfen, ob das Geld nicht zuerst für den ersten Abschnitt verwendet werden sollte.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft ist mit der vorgestellten Grunderneuerung des Stadtpark-Abschnitts der Pappelallee unter der Voraussetzung einverstanden, dass keine Bäume für die Erneuerung gefällt werden. Bis zur nächsten Sitzung des Bauausschusses werden der Bürgerschaft Möglichkeiten der Erneuerung des Weges ohne Baumfällungen vorgelegt (z. B. schmalere Wegführung, Aufteilung in zwei Wege o. Ä.).*

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
1	mehrheitlich	einige

**TOP 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

**Herr Dr. König**

- . informiert,
  - dass die **Liste der öffentlichen und nichtöffentlichen Beschlüsse des Hauptausschusses vom 06.07.2015** dem Protokoll beigelegt werde.
  - dass am 15.07.2015 die Gründung der Stadtmarketing GmbH vorgenommen worden sei. Frau Mirasch sei zum 01. September 2015 die Geschäftsführerin in der Gründungsphase.

**Herr Wille**

- . teilt zum Zentrum für Life, Science und Plasmatechnologie mit, dass es ein Gespräch mit dem Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (LFI) gegeben habe. Dort sei ein umfangreicher Fragenkatalog erörtert worden. Die offenen Fragen seien beantwortet und eine Kostenaufteilung zwischen den förderfähigen und nichtförderfähigen Bereichen vorgenommen worden. Die Stadtverwaltung habe schriftlich mitgeteilt, dass die Kostenaufteilung auch dauerhaft aufgegriffen werde. Das habe gewisse Nutzungseinschränkungen zur Folge, aber für den Fördermittelgeber sei diese Abgrenzung wichtig.
- . greift die Frage der Stellplätze in diesem Projekt auf. Um eine zügige Fördermittel-

bescheidung herbeizuführen, habe der Oberbürgermeister entschieden, dass man die Variante der Stellplatzablöse wähle. Diese sei nicht mehr Bestandteil des Förderverfahrens. Auf dem Gelände selbst seien Parkplätze nicht förderfähig. Dementsprechend sei der Fördermittelantrag geändert worden. Zurzeit betragen die Gesamtkosten 30,6 Millionen Euro für das Projekt. Das LFI würde das Verfahren zu den Parkflächen mittragen. Jetzt versuche man, mit den Werten auf der öffentlichen Fläche entsprechende Alternativen zu schaffen. Derzeit warte man auf die Baugenehmigung für die endgültige Bescheiderstellung. Man sei mit dem LFI so verblieben, dass die Stadt eine Zusicherung nach § 38 VwVfG haben wolle, sodass auch weitere Planungsleistungen beauftragt werden können.

**Herr Dr. Bittner**

. fragt, ob die Ablösegebühr förderfähig sei.

**Herr Wille**

. verneint dies. Es handle sich hierbei um Projektkosten. Diese Projektkosten unterteilen sich in förderfähige und nicht förderfähige Bereiche. Die Ablösegebühr falle in den nicht förderfähigen Bereich.

**Herr Dr. Bittner**

. fragt, wie teuer dies werden würde.

**Herr Wille**

. erklärt, dass eine verbindliche Aussage erst dann getroffen werden könne, wenn man im Baugenehmigungsverfahren sei. Die Vorabfrage ergebe einen Wert zwischen 300.000 bis 350.000 Euro.

**TOP 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft**

**Herr von Malottki**

. geht auf die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft und des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur ein, in der über die Stellenstreichungen an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität gesprochen worden sei. In der Sitzung sei man sich darüber einig geworden, dass die Stadt sich dafür einsetzen könne, dass mehr Studierende in Greifswald ihren Hauptwohnsitz nehmen. Dadurch könnten finanzielle Mittel der Universität zugutekommen.

. fragt, ob die Aktivitäten des Stadtmarketingvereins diesbezüglich noch verstärkt werden, gleich bleiben oder schwächer werden.

**Herr Wille**

. erklärt, dass dies geprüft werde.

**Herr Kruse**

. fragt nach dem Beginn der Reparatur der Wiecker Brücke und der Zeitspanne der geplanten Instandsetzung.

**Herr Hochheim**

. antwortet, dass aufgrund von Beschaffungsproblemen eine Fertigstellung bis zum Fischerfest Gaffelrigg 2015 nicht möglich gewesen sei. Es habe mit dem beauftragten Unternehmen neue Verhandlungen gegeben. Im Rahmen einer Nachtragsvereinbarung sei nun verabredet worden, dass die Demontage am 31.08.2015 beginnen solle. Die Abnahme solle spätestens am 28.11.2015 erfolgen.

**Herr Kruse**

. fragt, ob diese Zeitpunkte noch verändert werden könnten. Die schmale Ersatzbrücke sei ein Problem bei stündlichen Brückenöffnungszeiten.

**Herr Hochheim**

. bietet an, dies zu prüfen. Aber das Nachtragsangebot sei bereits von der Stadt angenommen worden und daher gehe er davon aus, dass die Fristen feststehen.

**Herr Krüger**

. erkundigt sich nach

- den Quartalsberichten.
- der Problematik im Volksstadion, die im letzten Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend vom Verein für Klettersport und Erlebnispädagogik e.V. angesprochen worden sei (Anmerkung der Protokollantin: Es handelt sich um den Baufortschritt der Kletteranlage (nachzulesen im Protokoll des Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend am 04.05.2015)). Er fragt, ob die jeweiligen Gespräche diesbezüglich erfolgt seien und wie derzeit der Sachstand sei.

**Herr Wille**

. erklärt, dass der dritte Quartalsbericht (2014) nicht geschafft worden sei, aufgrund der Planung des Doppelhaushaltes. Beim ersten Quartalsbericht sei der Informationsgehalt überschaubar gewesen und deshalb habe Herr Wille entschieden, diesen nicht zu verteilen. Der Quartalsbericht zum Halbjahr werde in etwa drei bis vier Wochen zur Verfügung gestellt.

**Frau Felkl**

. geht auf die Frage von Herrn Krüger ein. Kurz nach der Sitzung des Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend habe man ein Gespräch mit dem Verein für Klettersport und Erlebnispädagogik e.V. geführt. Hierbei habe Frau Felkl empfohlen, sich an das Immobilienverwaltungsamt zu wenden, um die vertraglichen Bedingungen durchzusprechen und zu sehen, welche Möglichkeiten es hinsichtlich der Pacht gebe. Im nächsten Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend solle weiteres dazu berichtet werden.

**Herr Hoebel**

. sagt, dass das Schulessen für die städtischen Schulen im neuen Jahr 3,80 EUR kosten solle. Derzeit betragen die Kosten 3,30 Euro.

. fragt,

- ob dies der Wahrheit entspreche.
- wie es dazu komme.
- wer dies abstimme (Schulelternrat/Gesamtelternrat).

Diese Fragen werden schriftlich beantwortet.

**Herr Multhauf**

. zitiert Herrn Hochheim aus dem Protokoll der Sitzung der Bürgerschaft vom 08.06.2015 auf Seite 23 bezüglich der Toiletten am Busbahnhof Süd.

. fragt, ob die fehlende Toilette an der Bereitschaft des Verkehrsbetriebes Greifswald liege und was unternommen werde, um diesen Zustand zu ändern.

. fordert Informationen zu den Beschlüssen der Bürgerschaft vom 29.06.2015.

. bezieht sich auf eine Aussage zur Errichtung eines Willkommenszentrums für Flüchtlinge. Es sei gesagt worden, dass eine Entscheidung zum Fördermittelantrag bis spätestens zum 30.06.2015 erfolgen solle.

. fragt, was dort wie entschieden worden sei.

. bittet um Informationen zum Wahlprüfungsausschuss.

**Herr Hochheim**

. erklärt, dass es sich um ein Missverständnis handle und die Verwaltung nicht dagegen sei, Toiletten aufzustellen, sobald das nötige Geld von der Bürgerschaft bereitgestellt werde.

**Frau Socher**

. erwidert auf Herrn Multhauf, dass die Äußerungen so – wie im Protokoll niedergeschrieben – erfolgten.

**Herr Dr. König**

- . antwortet Herrn Multhauf,
- dass die Informationen zu den Beschlüssen von der Sondersitzung der Bürgerschaft vom 29.06.2015 zu den Beschlüssen der heutigen Sitzung zur regulären Sitzung der Bürgerschaft am 28.09.2015 erfolgen werden.
  - zum Willkommenszentrum für Flüchtlinge, dass der Träger das Kreisdiakonische Werk sei. Wenn die entsprechende Fördermittelzusage beim Kreisdiakonischen Werk einginge, werde es die Stadtverwaltung in Kenntnis setzen.

**Herr Dr. Kerath**

. sagt, dass die Bürgerschaft vor mehr als drei Monaten einen Beschluss zur Mietpreisbremse gefasst habe. Im Beschluss sei der Oberbürgermeister in Ziffer 1 u. a. aufgefordert worden, in Schwerin zu beantragen, Greifswald als Gebiet mit angespanntem Wohnraum auszuweisen.

. erklärt, dass er ein Schreiben entworfen habe und bittet, dieses an Herrn Minister Glawe zu schicken.

**Der Oberbürgermeister**

. erklärt, dass im Beschluss die Verantwortlichkeit der Bürgerschaft festgeschrieben stehe.

. bestätigt, dass das von Herrn Dr. Kerath übergebene Schreiben schnellstmöglich auf den Weg gebracht werde.

**Herr von Malottki**

. findet es wichtig, sich für die Mietpreisbremse einzusetzen.

**Herr Hochheim**

. ergänzt, dass er in Schwerin nachgefragt habe, ob der Antrag der Bürgerschaft bereits eingegangen sei, was verneint worden sei. Auch er sei davon ausgegangen, dass die Bürgerschaft ein Schreiben entwerfe. Die Beschlusslage sei nicht ganz eindeutig.

**TOP 9. Mitteilungen der Präsidentin**

**Frau Socher** macht folgende Mitteilungen:

- AG „Bezahlbarer Wohnraum“
  - o Einige Besetzungen fehlen noch.
  - o Nach der Sommerpause soll es eine konstituierende Sitzung geben.
- Stadtblatt und Hauptsatzung
  - o Im erweiterten Präsidium habe man sich dafür entschieden, den § 19 der Hauptsatzung in zwei Punkten anzupassen.
- Umbesetzung des Seniorenbeirates in der AG „Barrierefreie Stadt“
  - o Frau Mocher sei nicht mehr Mitglied des Seniorenbeirates und dafür werde Frau Prof. Dr. Männchen neues Mitglied der AG.
  - o Innerhalb des erweiterten Präsidiums habe man sich geeinigt, zu Änderungen in den AGs nur noch unter dem TOP „Mitteilungen der Präsidentin“ in der Sitzung der Bürgerschaft zu informieren.

**Herr Prof. Dr. Joecks**

. erklärt, dass der Wahlprüfungsausschuss am 17.07.2015 um 17:00 Uhr getagt habe. Die Einspruchsführer, die Mitglieder des Wahlvorstandes und weitere Personen seien in dieser Sitzung angehört worden.

. informiert, dass man sich nicht auf eine Sondersitzung der Bürgerschaft am 07.09.2015 geeinigt habe, da dies von den Ladungsfristen nicht möglich sei. Man tendiere eher zum 14.09.2015. Am letzten Tag vor den Ferien sei die öffentliche Anhörung gewesen und um Zufallsmehrheiten zu vermeiden, werde die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag nach den Ferien stattfinden.

. geht davon aus, dass am 14.09.2015 die Bürgerschaft zu diesem Thema tagen könne.

#### **TOP 10. Schluss der Sitzung**

Frau Socher beendet die Sitzung der Bürgerschaft um 20:24 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher  
Präsidentin

Sarah Wiesenberg  
Sachbearbeiterin  
Sitzungsdienst

#### **Anlagen:**

- Anfrage der Fraktion DIE LINKE
- Antworten von Frau Demuth zum Vorbereitungsstand Volksentscheid am 06.09.2015 über die Gerichtsstrukturreform 2015 zu der Anfrage der Fraktion DIE LINKE
- Liste der öffentlichen und nichtöffentlichen Beschlüsse der Sitzung des Hauptausschusses vom 06.07.2015